

An
Herr Gesandter
Mag. Raimund Magis, MA
Bundesministerium europäische und
internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
1010 Wien

Wien, 07. Juli 2023

Stellungnahme zum Dreijahresprogramm

Sehr geehrter Herr Gesandter Magis!

Als Dachverbände von zivilgesellschaftlichen sowie kirchlichen Nichtregierungsorganisationen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Bildung, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind, freuen wir uns, Ihnen auf Basis unseres ersten Austauschs dazu am 14.06.2023 nachfolgende Stellungnahme zum Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027 übermitteln zu können.¹

Wir möchten betonen, dass bei der Erstellung dieser Stellungnahme insbesondere die Expertise und das Wissen aus unseren Netzwerken genutzt haben, um die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Unsere Mitgliedsorganisationen haben einen direkten Einblick in die spezifischen Herausforderungen vieler Regionen weltweit. Sie begeben sich an Orte, an denen sonst oft niemand präsent ist, um in akuten Notlagen zu helfen und langfristige Unterstützung zu bieten, um die Lebensbedingungen zu verbessern und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dank dieser umfangreichen Erfahrungen unserer Mitglieder konnten wir relevante Punkte einbringen und unsere Beiträge gezielt auf die Leitfragen unserer Diskussion ausrichten.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns bereits an dieser Stelle im Entwicklungs- u. Erstellungsprozess des nächsten Dreijahresprogrammes einbringen zu können und konkret zum Prozess und inhaltlichen Aspekten Stellung nehmen zu können.

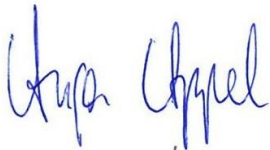
¹ Wir danken der ÖFSE für die inhaltliche Unterstützung bei der Erstellung der Stellungnahme.

Für die anstehende zweite Konsultationsrunde im kommenden Herbst möchten wir Sie erneut dazu auffordern, konkrete Fragen an uns zu stellen. Diese helfen uns, den Dialog auf einem hohen Niveau fortzusetzen und die wesentlichen Aspekte weiter zu vertiefen und tragen dazu bei, dass unsere Diskussion effektiv und zielführend bleibt.

Wir wünschen gutes Gelingen bei der herausfordernden Weiterarbeit am Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2025 – 2027 im Sinn der Agenda 2030 und einem menschenwürdigen Leben für alle.

Für etwaige Fragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.ⁱⁿ **Anja Appel**

*Leitung - Koordinierungsstelle der
Österreichischen Bischofskonferenz
für internationale Entwicklung
und Mission (KOO)*



Mag. **Lukas Wank**, MSc

Geschäftsführung AG Globale Verantwortung

Stellungnahme zum Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027

Im nächsten Dreijahresprogramm 2025 – 2027 (in weiterer Folge 3JP) gilt es unter anderem, zu priorisieren, zu fokussieren, konkreter und verbindlicher zu benennen, wie Österreich die gesetzten Ziele erreichen wird, Ziele und Maßnahmen stärker an Resultaten und Indikatoren auszurichten, inhaltlichen Schwerpunkten klare Budgets mit einheitlichen Bezugsgröße zuzuordnen und ein Prognoseszenario mit einem konkreten Stufenplan zur Erreichung des 0,7%-Ziels vorzulegen.

Vorschläge, um den Prozess der Konsultation partizipativ zu gestalten

Um einen partizipativen und transparenten Prozess zu ermöglichen, regen wir an folgende Vorschläge zu beachten. Sie ermöglichen, dass die Expertise relevanter Akteur*innen umfassend genutzt werden kann, und unterstützen eine breitere Akzeptanz, bessere Kohärenz mit den anderen Politikbereichen und somit wirksamere Umsetzbarkeit von Strategien

- Wir regen grundsätzlich eine **frühzeitige Ankündigung von Terminen und angemessene Fristen für Beteiligungsverfahren** an, um eine breite und qualitativ hochwertige Beteiligung unterschiedlicher Akteur*innen zu ermöglichen. Als wichtiger Leitfaden möchten wir hier das Grünbuch des BMKÖS¹ nennen. Besonders hervorheben wollen wir in diesem Zusammenhang das Kapitel 4 zur Beteiligungsqualität, das unterschiedliche Qualitäten der Einbeziehung beschreibt, sowie darüber hinaus das Kapitel 5 des Grünbuchs mit entsprechenden Leitprinzipien.
- Wesentlich ist für uns dahingehend eine **Einbindung der Zielgruppen** (Vertreter*innen der Empfängerländer, Projektpartner*innen sowie Beneficiaries in Schwerpunktländern und –regionen; dabei insbesondere vulnerable Gruppen). Wenn das 3JP die Beteiligung ihrer Zielgruppen in den Projekten fordert, dann müsste sich das auch in dem Erstellungsprozess widerspiegeln. Ihre direkte Einbindung ermöglicht es, ein umfassenderes Verständnis der Bedürfnisse und Anliegen vor Ort zu gewinnen und somit bessere Lösungen zu entwickeln. Dieser partizipative Ansatz ist letztlich entscheidend, um sicherzustellen, dass unsere Maßnahmen den tatsächlichen Bedürfnissen der Zielgruppen gerecht werden.

¹ Siehe dazu <https://oeffentlicherdienst.gv.at/publikationen/gruenbuch-partizipation-im-digitalen-zeitalter/>

- Strukturierte Information zu Ende des Prozesses, inwiefern Stellungnahmen berücksichtigt werden bzw., falls sie nicht berücksichtigt werden konnten, um den **Prozess der Stellungnahmen-Einreichung und -Berücksichtigung transparent und fair zu gestalten** und die Beiträge der beteiligten Akteure angemessen zu würdigen. Eine Möglichkeit, diese Informationen zu liefern, ist beispielsweise die Erstellung einer Matrix, in der Rückmeldungen zu Stellungnahmen im Zusammenhang aufgeführt werden (ähnlich wie jüngst im Konsultationsprozess zum Strategischen Leitfaden des BMF zu Internationalen Finanzinstitutionen/IFI-Strategie gehandhabt).

Funktionale Anregungen & Empfehlungen zur Umsetzungsdimension (Monitoring, Indikatoren, Budget)

LEITFRAGE

Was braucht es, um die Umsetzungsdimension insgesamt zu stärken?

Budget und Ressourcenbereitstellung

- Wir begrüßen, dass die Bundesregierung im aktuellen 3JP 2022-2024 erstmals manchen **inhaltlichen Schwerpunkten ein operatives Budget zugeteilt** hat. Allerdings verwendet sie dabei uneinheitliche Bezugsgrößen: Einmal ist von 17 bis 20% des „Projektportfolios“, ein anderes Mal von mindestens 15% der „gestaltbaren Mittel“ oder nur von „jährlichen Budgetmitteln“ die Rede. Bei manchen Schwerpunkten ist gar kein operatives Budget angegeben. Um diese Ziele in Zukunft noch besser nachvollziehbar zu machen, bräuchte es **transparente Bezugsgrößen**: Quantitative Ziele sollten daher konkreten ODA-Budgetlinien zuordenbar sein und darüber hinaus klare Zeitfenster benennen.
- Weiters sollte das 3JP ein möglichst detailliertes, auf transparenten und realistischen Annahmen beruhendes **Prognoseszenario** (Vorausschau der ODA-Leistungen) enthalten. Dieses Szenario sollte auch einen Budgetpfad in Richtung 0,7% des BNE des Bruttonationaleinkommens (BNE) beinhalten. Ein gutes Prognoseszenario zeichnet sich dadurch aus, dass es deutlich macht, an welchen Stellen in der Budgetplanung geringere und wo größere Unsicherheiten in der Budgetplanung bestehen, bietet die Möglichkeit, den Entscheidungsprozess nachvollziehbar zu machen und eventuelle Anpassungen oder Priorisierungen zu erläutern.
- Die wichtige Empfehlung des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe, mehr **Mittel für die ärmsten Länder der Welt** (LDCs) zur Verfügung zu stellen, fehlt im aktuellen 3JP 2022-2024 gänzlich. Leider, denn multiple Krisen können insbesondere für die ärmsten Menschen der Welt zu einer lebensbedrohlichen Spirale werden. Daher regen wir an, mehr Mittel für LDCs zur Verfügung zu stellen.

Indikatoren und Zielvorgaben

Generell regen wir an, möglichst spezifische, messbare und von der OEZA beeinflussbare **Indikatoren für alle Schwerpunktthemen** vorzugeben und **klare Zielvorgaben** zu definieren. Es könnte außerdem hilfreich sein, bei den Indikatoren, in Zukunft stärker zwischen Input-, Output, und Outcome-Ebene zu differenzieren.

Des Weiteren empfehlen wir, dass

- ... das 3JP eine bessere Abbildung von **Intersektionalität** aufweist. Dies bedeutet, dass die Verbindung und Berücksichtigung verschiedener Indikatoren miteinander erfolgen sollte. Ein Beispiel dafür wäre in etwa die Gewährleistung von Gendergerechtigkeit und Inklusion in Projekte im Bereich Nachhaltige Wasserversorgung und Siedlungshygiene.
- ...dahingehend auf **bestehende Rahmen und Indikatoren** zurückgegriffen werden sollte, insbesondere, wenn sie von Teilen der OEZA schon verwendet werden. Beispielsweise wurde im 3JP 2022-2024 kein Indikator im Bereich Inklusion vorgegeben, obwohl der OECD Disability Marker bereits verfügbar und teils in der ADA verwendet wird.
- ...insgesamt eine angemessene Balance zwischen **administrativem Aufwand** und Raum für alle mit der Implementierung und Umsetzung befassten Akteur*innen der OEZA gefunden wird, um Qualität und Standards sicherzustellen, ohne insgesamt zu Überlastungen zu führen.

Die Zivilgesellschaft als Akteur*in und Partnerschaften

- Eine **transparente Umsetzung gemeinsam mit allen Akteur*innen ist insgesamt von großer Bedeutung**. Daher empfehlen wir, nach dem Beschluss des 3JP durch den Ministerrat ein Treffen mit allen relevanten Akteur*innen zu koordinieren, um die Umsetzung, die Zuweisung von Ressourcen und das Monitoring gemeinsam zu besprechen. Ein solches Format bietet eine wertvolle Gelegenheit, sicherzustellen, dass die Umsetzung des Beschlusses transparent und partizipativ erfolgt.
- In diesem Sinne empfehlen wir daher dauerhafte **Partizipationsmechanismen zu schaffen**, um Zivilgesellschaft und Zielgruppen aus Schwerpunktländern einzubeziehen, z.B. von spezifischen Zielgruppen, die Expertise einbringen (Organisationen von Menschen mit Behinderungen, Frauenorganisationen).
- Effektive Entwicklungspolitik baut auf Wissensressourcen auf und ist ohne **ein funktionierendes Wissenssystem** an Hochschulen, Think Tanks und Wissens- und Informationsdienstleistern aus der Zivilgesellschaft nicht möglich. Führende EZA-Geberländer wie Schweden lassen sich durch professionelle Beiräte und wissenschaftlich kompetente Gremien beraten (siehe etwa die Expert Group for Aid Studies: eba.se/en). Der Sektor steht in Österreich vor der Herausforderung, dass Themen der Entwicklungspolitik und -ökonomie an österreichischen Hochschulen ein abnehmendes Gewicht haben, obwohl sie im internationalen Kontext boomen. Im Interesse der Sicherung nationaler Expertise sollte die OEZA vor diesem Hintergrund danach streben, die einschlägige Scientific Community zu stärken und einem Verlust von Expertise entgegenzuwirken. Ein stärkerer Fokus auf Aufbau und Nutzung von unabhängiger Expertise und Forschung, um die Entwicklungspolitik weiter zu professionalisieren, würde die OEZA an Best Practices führender Geber und der OECD orientieren.
- Insgesamt sollte die **Evidenz-Basierung der Entwicklungspolitik** gesteigert werden. Dies kann insbesondere durch die Stärkung nationaler Strukturen, Institutionen und Formate, die es ermöglichen, Ergebnisse aus unabhängiger Wissenschaft, Forschung, und Best Practice der Entwicklungspolitik einfließen zu lassen, gelingen.

- Es ist entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen über die erforderliche Expertise und Ressourcen verfügen, insbesondere wenn bestimmte thematische Schwerpunkte im 3JP gesetzt werden, wie beispielsweise die Digitalisierung im 3JP 2021-2023. Eine **angemessene Ausstattung mit Expertise und Ressourcen** stärkt die Rolle der Zivilgesellschaft und fördert eine ganzheitliche und erfolgreiche Umsetzung des 3JP.

Leitlinien: Strategische Anregungen, Globale Herausforderungen & Narrativ des 3JP

Insgesamt gilt es aus unserer Sicht an dieser Stelle zu beachten, dass das 3JP nicht isoliert entwickelt werden sollte, sondern in einem breiteren Kontext betrachtet werden muss. Um dem strategischen Anspruch des 3JP gerecht zu werden halten wir es einen gesamtstaatlichen Ansatz in diese Hinsicht für unabdingbar. Das bedeutet, dass das 3JP als Dokument letztlich einer engen Abstimmung mit anderen Instrumenten und Akteur*innen bedarf, um langfristige Herausforderungen und Trends aus einem ganzheitlichen Blickwinkel abzuleiten. Die Potentiale koordinierter Zusammenarbeit im Rahmen der gesamtstaatlichen Arbeitsgruppe zum 3JP gilt es daher konsequent zu nutzen. Dies ist entscheidend, um einen kohärenten und effektiven Ansatz für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang erscheint uns die Entwicklung einer klaren Vision für die österreichische Entwicklungspolitik maßgeblich, die das **Zusammenspiel multipler Krisen, systemische Verflechtungen und Interdependenzen sowohl auf sektoraler als auch geografischer Ebene** anspricht und entsprechend Konsequenzen ziehen lässt.

Ein Beispiel für sektorale Interdependenzen ist der Zusammenhang zwischen der Schädigung von natürlichen Ökosystemen und den Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, wie während der COVID-19-Pandemie deutlich wurde. COVID-19 hat in diesem Sinne gezeigt, wie eng Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Regierungsführung miteinander verbunden sind. Auf geografischer Ebene gibt es globale Herausforderungen, die von verschiedenen Ländern geteilt werden und eine gemeinsame Verantwortung erfordern. Die Klimakrise ist ein weiteres Beispiel dafür, da sie immense Auswirkungen auf die Lebensräume und Ernährungssicherheit auf alle Menschen weltweit hat.

Die österreichische Entwicklungspolitik sollte ihre Bemühungen daher verstärken, um die **Trennung zwischen den verschiedenen Themen und Arbeitsbereichen zu überwinden** und im 3JP das Bewusstsein über die Komplexität des globalen Systems und - damit zusammenhängend - seine Ansätze und Maßnahmen schärfen. Konkret **sollte das 3JP darstellen, wie andere Politikbereiche die Ziele der Entwicklungspolitik unterstützen**, wie unterschiedliche Akteur*innen **zusammenwirken** (Gesamtstaatlichkeit) und wie mit unterschiedlichen Interessen anderer Politikbereiche umgegangen werden soll (Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung). Im Sinn der Gesamtstaatlichkeit wäre es außerdem wichtig, einen gemeinsamen Zielkatalog aller Akteur*innen zu erarbeiten, um Inkohärenzen vorzubeugen.

Vor diesem Hintergrund sind aus unserer Sicht folgende Fragen von entscheidender Bedeutung für die Erstellung des 3JP Strategie:

1. **Wie können die Schnittmengen zwischen den verschiedenen Schwerpunktsetzungen im 3JP besser abgebildet werden, um das Zusammenspiel multipler Krisen effektiv zu berücksichtigen?**
2. **Wie kann die konkrete Umsetzung von PCSD (Policy Coherence for Sustainable Development) vorangetrieben werden, ohne dass andere politische Maßnahmen das 3JP konterkarieren, beispielsweise Investitionen in fossile Energieträger oder in Länder mit Menschenrechtsproblemen?**
3. **Angesichts der Unsicherheit über zukünftige Krisen und deren Planbarkeit, wie kann Flexibilität im 3JP gewährleistet werden, um angemessen darauf zu reagieren, ohne dabei die klaren Zielsetzungen und Indikatoren zu verwässern?**

LEITFRAGE

Welche konkreten, langfristigen (mind. 20 Jahre) globalen Herausforderungen und Chancen sehen sie, die in dieser Strategie Niederschlag finden sollten?

Aus unserer Sicht ergeben sich überblicksmäßig wesentliche Trends in unserem externen Umfeld, die als Grundlage für Erstellung des 3JP dienen sollten. Im Folgenden wird der Versuch unternommen den identifizierten Trend aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit zu skizzieren und kurz und knapp darzustellen, auf was sich die Entwicklungszusammenarbeit entsprechend vorbereiten muss.

Klima-, Biodiversitätskrise und Umweltzerstörung

Die fortschreitende Erderhitzung wird zum Anstieg von Extremwetterereignissen führen, so dass humanitäre Krisensituationen zunehmen und immer mehr Regionen unbewohnbar werden. Der Verlust der Arten wird ihrerseits die Resilienz verringern und Menschen und Gesellschaften weltweit immer stärker unter Druck bringen. Europa ist zwar politisch eine Vorreiterin was Klimaschutz und Reduktion an Treibhausgasemissionen betrifft, aber aufgrund des hohen Imports von Ressourcen zugleich auch noch immer ein Druckfaktor für die Nachhaltigkeit. Inwieweit Maßnahmen zur Reduktion des Energiebedarfs und Flächenverbrauchs, die Bewältigung dieser Herausforderungen (Adaption) und eine gesellschaftliche Transformation entlang sozial gerechter Lösungen umgesetzt werden, wird entscheidend sein.

Wachsende Ungleichheit, Ressourcen- und Verteilungskonflikte

Die umkämpften Ressourcen, sowohl zur Deckung der Grundbedürfnisse wie Wasser, Boden und Nahrung als auch zur Deckung des Energiebedarfs, wie Lithium, Seltene Erden und Metalle, sind der Auslöser für wesentliche Auseinandersetzungen. Der Zugang zu diesen Ressourcen wird bereits jetzt heftig umkämpft, wobei die Berücksichtigung von Menschenrechten und Umweltschutz oft unzureichend ist. Trotz ambitionierter internationaler Abkommen oder Regelwerke bleibt festzustellen, dass die Wirtschafts- und Lebensweise der reichen Staaten weiterhin globale Auswirkungen hat und die Rechte marginalisierter Menschen beeinträchtigt. Im Kern geht es dabei um steigende Ungleichheiten und die Konzentration von Reichtum. Beunruhigende Zahlen von Oxfam verdeutlichen, dass das reichste 1% mehr Vermögen besitzt

als der Rest der Welt zusammen. Besonders besorgniserregend sind Ungleichheiten zwischen reichen und armen Menschen innerhalb von Ländern. Diese Ungleichheiten sind vielfältig und verstärken sich gegenseitig: Vermögensungleichheit führt zu Ungleichheiten bei Chancen, Ressourcen und Einfluss. Geschlechterungleichheit bleibt ein besonders herausforderndes Thema.

Geopolitische Verschiebungen post-Ukraine 2022 in einer multipolaren, komplexeren Welt mit schwacher Global Governance

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat zu geopolitischen Verwerfungen geführt, die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen belastet, die Spannungen in der Region erhöht und territoriale Integrität sowie Souveränität wurden infrage gestellt. Gleichzeitig ist die Energieabhängigkeit Europas von Russland deutlich zutage getreten, was dazu führt, dass Europa nach alternativen Energiequellen sucht. Die Ukraine leidet weiterhin unter anhaltenden Kämpfen und humanitären Krisen, wodurch eine diplomatische Lösung dringend erforderlich ist. Währenddessen setzt sich der Aufstieg Asiens fort. Eine multipolare Welt entsteht, in der Kontinente wie Lateinamerika und Afrika aufstreben und möglicherweise eine größere Rolle spielen. In dieser sich verändernden Welt und einer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse nimmt das Gewicht Europas ab. Für Partnerländer können sich durch das Auftauchen neuer potenter Akteure oft andere Sichtweisen auf Entwicklungszusammenarbeit ergeben, ganz abgesehen davon, dass es zu Spannungen und Herausforderungen auf globaler Ebene führt. Davon betroffen sind auch die globale Governance und multilaterale Institutionen wie die UN haben Schwierigkeiten, Vereinbarungen durchzusetzen.

Soziale Entwicklungen: Demographie und Urbanisierung

Die weltweite Bevölkerung wächst weiterhin rapide und wird voraussichtlich bis 2030 8,6 Milliarden und bis 2050 sogar fast 10 Milliarden erreichen. Gleichzeitig steigt der Anteil älterer Menschen, was bedeutende Anpassungen in den Systemen der Länder erfordert. Die steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten belasten das Gesundheitswesen und das Rentensystem zunehmend. Gleichzeitig wächst besonders in Afrika und Asien die städtische Bevölkerung rasant. Dies führt zu Herausforderungen wie Wohnungsnot und Umweltverschmutzung. Megastädte entwickeln sich zu wichtigen wirtschaftlichen Zentren. Obwohl die SDGs auf eine nachhaltige städtische Entwicklung abzielen, nehmen dadurch auch in Anlehnung an die weiter oben dargestellten, wachsenden Ungleichheiten, gerade auch Ungleichheiten im urbanen Raum zu. Damit erhöht sich auch das Risiko gesellschaftlicher Konflikte und Radikalisierung. Der jüngste Bericht des UNDP² zeigt eine weltweite Zunahme der Unsicherheit und eine Tendenz zur politischen Polarisierung. Insgesamt besteht darüber hinaus in diesem Zusammenhang ein Bedarf an einer stärkeren Partizipation der lokalen Governance während gleichzeitig die Entwicklung des ländlichen Raums gestärkt werden muss.

Revolutionärer technologischer Wandel und die Zukunft der Arbeit

Technologische Fortschritte beschleunigen sich und haben bereits tiefgreifende Auswirkungen. Die digitale Revolution hat Daten demokratisiert und neue Branchen hervorgebracht. Das Internet of Things,

² UNDP (Hrsg.): Human Development Report 2021-22. Uncertain Times, Unsettled Lives: Shaping our Future in a Transforming World.

künstliche Intelligenz (AI) und Robotik versprechen eine noch revolutionärere Zukunft. Mehr als 4 Milliarden Menschen nutzen das Internet, aber etwa 3,5 Milliarden haben immer noch keinen Zugang dazu. AI und maschinelles Lernen bieten Potenzial für schnellere Datenanalyse und Erkenntnisse. Smarte Technologien beeinflussen unser Verhalten und revolutionieren verschiedene Bereiche. Datenschutz, Zugang zu Daten-Infrastruktur, Ethik und Regulierung sind plötzlich wichtige Themen, die auch entwicklungspolitisch berücksichtigt werden müssen, um sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Gleichzeitig hat die digitale Revolution einen Wandel in der Arbeitswelt eingeleitet, in dessen Zuge sich strukturelle Auswirkungen ergeben werden. Schätzungen zufolge könnten theoretisch etwa die Hälfte aller globalen Arbeitsplätze automatisiert werden. Besonders in Entwicklungsländern könnten die Auswirkungen dramatisch sein. Es entstehen neue Arbeitsmuster mit flexibler Arbeit und Selbstständigkeit. Um auf die zunehmende Arbeitslosigkeit zu reagieren, sind Verbesserungen im Bildungs- und Schulungssystem, Anreize für Beschäftigung, sozialer Schutz und Umschulungsprogramme erforderlich. Es gilt, die Arbeitskräfte auf die Anforderungen des sich wandelnden Arbeitsmarktes vorzubereiten und faire Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Empfehlungen entlang inhaltlicher Leitfragen

Basierend auf weiteren inhaltlichen Leitfragen, möchten wir im Folgenden Empfehlungen anführen, mit denen die Schwerpunktsetzung des 3JP weiter verbessert werden kann. Zunächst möchten wir betonen, dass wir die insgesamt gute Schwerpunktsetzung aktuellen 3JP 2022-2024 zu begrüßen ist. Es ist daher wichtig, dass zentrale Herausforderungen identifiziert werden und dass die aktuellen Chancen und Möglichkeiten erkannt werden, um eine effektive Umsetzung des 3JP zu ermöglichen.

Im aktuellen 3JP schätzen wir auch die Darstellung aller Bundesakteure, ihrer Prioritäten, Instrumente und Maßnahmen im Kapitel 4. Dieser Schritt in Richtung Transparenz ist entscheidend, um ein besseres Verständnis für die strategischen Ansätze und Maßnahmen der Bundesregierung in der Entwicklungspolitik zu gewährleisten.

LEITFRAGE

Welche Erwartungshaltung haben Sie in Bezug auf das 3JP? Was soll diese Strategie Ihrer Ansicht nach leisten können?

Das 3JP ist das **zentrale Dokument der österreichischen Entwicklungspolitik**, die ein eigenständiger Politikbereich ist, und sollte auf die im EZA-Gesetz definierten Punkte fokussieren, im Speziellen auf die Bekämpfung von Armut (die auch in der Agenda 2030 als SDG 1 eine prominente Rolle hat). Die Priorität entwicklungspolitischer Maßnahmen und Elemente sollte klar erkennbar sein.

Zu Beginn des 3JP sollte Bezug auf **relevante, anerkannte Referenzdokumente, internationale Verpflichtungen und OECD DAC-Leitlinien** genommen werden, an denen sich die Österreichische Entwicklungspolitik orientiert. Diese beinhalten u.a. die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, kurz SDGs*), den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und

Menschenrechte, den EU-Genderaktionsplan (GAP III 2021-2025), die Agenda für Menschlichkeit, die Peking Aktionsplattform sowie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Vorschlag: 1.2).

Dahingehend sollte das 3JP

- ... eine strategische Ausrichtung bieten, um spezifische Entwicklungsziele zu erreichen und positive Veränderungen in Partnerländern zu bewirken, um **Prioritäten** zu setzen, **Ressourcen** effektiv zu nutzen und eine kohärente und **koordinierte Vorgehensweise** zu gewährleisten.
- ... **strategische Schwerpunkte, Schwerpunktregionen und Prozesse** definieren. Diese brauchen Kontinuität und verlässliche Zusagen unabhängig von politischen Diskussionen der jeweiligen Regierungen. Entwicklungspolitik darf keine Verhandlungsarena für andere politische Interessen sein.
- ... **Armutsbekämpfung als Priorität** der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere im Kontext multipler Krisen sowie zunehmend langanhaltender Krisen, hervorstreichen. Der Nutzen sollte insbesondere – im Sinne der gesetzlichen kohärenten Entwicklungspolitik lt. EZA-G – in den Entwicklungsländern gestiftet werden. Damit ergibt sich ein zwingender Fokus auf **LDCs, Schwerpunktländer und fragile Staaten**.
- ... dazu beitragen, dass eine **Trendumkehr in der Entwicklungspolitik** eingeleitet wird. Z.B. hat sich die Situation in allen OEZA-Schwerpunktländern am afrikanischen Kontinent in den letzten Jahren verschlechtert – teils massiv. In vielen Fällen kann in Schwerpunktsregionen nur mehr schwer Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe umgesetzt werden, weil es zur Sicherheitsherausforderung geworden ist (z.B. Boucle du Mouhoun in Burkina Faso). Die Vorsehung eines Ineinandergreifens von Instrumenten der EZA, humanitären Hilfe sowie Friedens- und Konfliktarbeit ist daher essentiell.³
- ... konkrete Bezüge dazu herstellen, welche **Akteur*innen** zu unterschiedlichen Themen **in welcher Form zusammenarbeiten**. Dahingehend sollte der Detailgrad der Beiträge der einzelnen Akteur*innen besonders in der Matrix des 3JP erhöht werden. Insbesondere mit Blick auf die Schaffung von Politikkohärenz erscheint ein solcher Zugang wesentlich.
- ... **ein Bekenntnis zur Zivilgesellschaft** und der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit als wichtige Säule beinhalten und im Sinne partnerschaftlicher Prinzipien in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe – wie im aktuellen 3JP enthalten – **gelebt und gestärkt werden**.
- ...die Weiterentwicklung des **gesamtstaatlichen Ansatzes**, unterstützen und damit als zentrale Strategie entwicklungspolitische Vorhaben aller staatlichen Akteur*innen (für alle Durchführungsorganisationen hochwertige Standards also z.B. auch für Unternehmen) unter einem Dach erfassen.
- ... **Räume für nicht traditionelle EZA-Akteur*innen zu definieren** (z.B. BML, OeEB, BMK) und einen Rahmen zur Zentralisierung der OEZA vorgeben.

³ Siehe dazu auch die Anregungen und Empfehlungen zum HDP Nexus weiter unten im Dokument.

LEITFRAGE

Wie kann es uns gelingen, den strategischen Fokus des 3JP zu stärken?

- Wir empfehlen im 3JP thematisch zu **priorisieren und zu fokussieren**, um mehr Wirkung erreichen zu können, und konkreter und verbindlicher zu benennen, wie Österreich die gesetzten Ziele erreichen will.
- Wir empfehlen, dass im Hinblick auf die am **LDCs** gemäß den Empfehlungen der Agenda 2030 **0,2% der ODA** (Official Development Assistance) bereitgestellt werden sollten. Wir betrachten dies als noch wichtiger als die vom DAC Peer Review 2020⁴ empfohlene klare Verknüpfung zwischen politischen Prioritäten (Schwerpunkten) und den zu erwartenden finanziellen Mitteln.
- Als **Nicht-Ziel** für das 3JP wollen wir die **Konditionalität mit der Migrationspolitik** hervorheben, die auch in das aktuelle 3JP 2022-2024 integriert wurde. Die „Zuweisung von finanziellen Mitteln“ an die Bereitschaft von Empfängerländern zu koppeln, ihre Staatsbürger*innen, die ohne rechtmäßigen Aufenthaltstitel in Österreich leben, zurückzunehmen ist im 3JP deplatziert. Einerseits gibt es in Österreich kaum Menschen aus Empfängerländern, die das betreffen würde, und andererseits entspricht diese Koppelung nicht der gesetzlich festgelegten Aufgabe von Entwicklungszusammenarbeit, Armut zu bekämpfen.
- Wir schlagen vor den **entwicklungspolitischen Beirat** aufzuwerten, indem Ressourcen bereitgestellt werden, die Tagungshäufigkeit erhöht wird und die Zusammensetzung überdacht wird. Die Rolle des entwicklungspolitischen Beirats, wie sie im EZA-G festgelegt und in anderen 3JP dargestellt wurde, sollte ebenfalls ergänzt werden, um die Wirksamkeit und Bedeutung des Beirats zu stärken und sicherzustellen, dass er effektiv zur entwicklungspolitischen Agenda beiträgt. Eine gestärkte und angemessen ausgestattete Beiratsstruktur kann dazu beitragen, dass verschiedene Perspektiven und Fachkenntnisse in die entwicklungspolitische Entscheidungsfindung einfließen und somit zu einer ganzheitlichen und effektiven Umsetzung beitragen.

LEITFRAGE

Wie kann Politikkohärenz operativ umgesetzt werden?

- Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) soll sicherstellen, dass Maßnahmen der Wirtschafts-, Handels-, Finanz-, Landwirtschafts-, Sicherheits-, Migrations-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Klima- und Umweltpolitik dazu beitragen, die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen – also mit ihnen kohärent sind. Wir begrüßen, dass das aktuelle 3JP 2022-2024 PCSD mehr Platz als bisher einräumt und vorsieht, dass konkrete Maßnahmen in „(...) interministeriellen Abstimmungen definiert und deren Umsetzung auf den Weg gebracht werden (sollen)“. Ein Bericht⁵ des europäischen Dachverbands CONCORD zeigte, dass in Österreichs Verwaltung zentrale Mechanismen fehlen, um politische Maßnahmen

⁴ <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/412969ed-en/index.html?itemId=/content/component/412969ed-en>

⁵ AG Globale Verantwortung (21.01.2022): [CONCORD - Test of the EU's Integrity Towards the 2030 Agenda – The Status of Policy Coherence for Sustainable Development](#)

mit entwicklungspolitischen Zielen in Einklang zu bringen. Die Regierung ist gefragt, rasch geeignete Mechanismen einzusetzen.

- Wir würden es begrüßen, wenn das 3JP den SDG Indikator 17.14.1 (“Number of countries with mechanisms in place to enhance policy coherence of sustainable development”) konkret anspricht und Österreichs Pläne dazu skizziert.
- Wir empfehlen, das Beratungsangebot der OECD zu PCSD zu nutzen und Weiterbildungen zu PCSD in der Verwaltung auszubauen.
- Außerdem würden wir es begrüßen, wenn die **Wirkungsorientierte Folgenabschätzung** mit weiteren Dimensionen, inkl. entwicklungspolitische Auswirkungen ergänzt wird.
- Wir würden es außerdem auch begrüßen, wenn **PCSD beim Monitoring mitevaluiert** wird.

LEITFRAGE

Welche innovativen Lösungsansätze schlagen Sie zur verbesserten Umsetzung der im EZA-G genannten Prioritäten vor?

Basis für die Operationalisierung des HDP Nexus Ansatz legen

- Der HDP-Nexus soll als Verbindung von humanitärer Hilfe, EZA und Frieden zu einer effektiven und nachhaltigen Bearbeitung von komplexen und langwierigen Krisen beitragen. Über die Verankerung im Drei-Jahres-Programm der österreichischen Entwicklungspolitik 2022 – 2024 hinaus soll er **in einem nächsten Schritt operationalisiert** werden.
- Eine aufeinander abgestimmte Umsetzung bedarf der **Entwicklung einer zu Grunde liegenden gemeinsam getragenen Denkweise**, die alle beteiligten Akteur*innen in ihrem Verständnis von menschlicher Sicherheit als Zielsetzung, ihren effektorientierten Assessments und wirksame Herangehensweisen verbindet. Der zu entwickelnde Zugang sollte sich auf die zum Einsatz kommenden Policyansätze und Prozesse stützen.
- Um Sektorkohärenz zu erreichen, sollten neben Instrumenten der EZA und humanitären Hilfe daher politische und diplomatische Instrumente, gute Regierungsführung, Sicherheitssektorreform, Friedensförderung und Konfliktfrüherkennung sowie Mediation in den Fokus rücken. Ebenso sollen im Sinn eines harmonischen Miteinanders der Akteure gemeinsame Planung, Trainings sowie der Do no harm-Ansatz (auch im „Vienna 3C Appeal“). sowie der Do more Good-Ansatz zum Tragen kommen.
- Die Herausforderung auf der strategischen Ebene liegt daher in der Entwicklung einer gemeinsamen Methode und eines kohärenten, koordinierten und komplementären Handelns - in einem von Lage und Mandat abhängigen Interaktionsspektrum, welches von Information bis Integration reichen kann.
- Mögliche Schritte:
 - unterschiedliche **Anlassfälle** durchdenken

- gemeinsame Denkweise und Umsetzung hin zu einem standardisierten Verfahren („**HDP-Kohärenzmechanismus**“), dass die Handlungsoptionen der Akteur*innen zeitlich und geografisch bündelt, entwickeln.
- In diesem Zusammenhang wäre auch der **Übergang und das Zusammenspiel von Humanitärer Hilfe** bei Katastrophen und Konflikten sowie Wiederaufbau/Katastrophenvorsorge/ antizipative Hilfe und langfristiger **EZA inkl. Klimawandelanpassung gut darzustellen und ausgewogen zu budgetiert**, um den schwindenden Lebensgrundlagen durch wiederkehrenden Krisen und der damit verbundenen wechselseitige Abhängigkeit durch den Klimawandel gerecht zu werden.

Weiterentwicklung des Menschenrechtsansatzes

Wir begrüßen die explizite Nennung der Menschenrechte und des **menschenrechtsbasierten Ansatzes** in der Entwicklungspolitik im aktuellen 3JP 2022-2024. Mit dem menschenrechtsbasierten Ansatz bekennt sich die Regierung dazu, dass entwicklungspolitische Programme und politischer Dialog die Maßstäbe „Partizipation, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Nicht-Diskriminierung“ umsetzen sollen. *Gender-Mainstreaming* und *Gender-Impact-Assessments*, die unter anderem Geschlechtergerechtigkeit, reproduktive Gesundheit sowie die Beendigung von Gewalt gegen Frauen zur Maxime machen, sind laut aktuellen 3JP 2022-2024 für alle „außenpolitischen Tätigkeiten“ zentral. Ebenso soll sich Österreichs Entwicklungspolitik für die Rechte vulnerabler Menschen – Kinder, Menschen mit Behinderungen, alte Menschen, LGBTIQ+-Personen – sowie benachteiligter Gruppen und Minderheiten einsetzen, wofür „(...) der Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung und Sozialschutz eine entscheidende Rolle“ einnehme.

Wir regen dahingehend an, die Ergebnisse der Evaluierung, die sich mit der Umsetzung des menschenrechtsbasierten Ansatzes im Rahmen der österreichischen Entwicklungspolitik auseinandergesetzt hat, im 3JP zu berücksichtigen.⁶ Unter anderem empfiehlt die Evaluierung des Menschenrechtsansatzes stärkere Anleitung in der Anwendung und den Austausch über Erfahrungen in der Anwendung.

Betonung von „Early Action“

„Early Action“ ist Teil eines proaktiven Ansatzes, um langfristige Entwicklungsziele zu erreichen und gleichzeitig die Anfälligkeit von Menschen und Gemeinschaften für Krisen und Schocks zu verringern. Wir empfehlen daher die Berücksichtigung von Maßnahmen, die frühzeitig ergriffen werden, um auf drohende oder sich entwickelnde Krisen oder Herausforderungen zu reagieren.

Die Nutzung von Forecasting bzw. Foresight sollte stärkeren Niederschlag finden, um zukünftige Entwicklungen zu antizipieren und frühzeitig darauf reagieren zu können. Es geht darum, Probleme frühzeitig zu erkennen und präventiv zu handeln, um negative Auswirkungen zu minimieren oder zu verhindern. Einen solchen Ansatz zu berücksichtigen, beinhaltet auch die rechtzeitige Bereitstellung von finanziellen Ressourcen, technischer Expertise und humanitärer Hilfe, um Krisen vorzubeugen oder ihre Auswirkungen zu

⁶ Austrian Development Agency (März 2021): [Evaluation Brief #9, March 2021. Strategic Evaluation of the Human Rights-Based Approach \(HRBA\) within Austrian Development Cooperation](#)

mildern. Dies ermöglicht eine schnellere Reaktion und unterstützt die Resilienz und Selbsthilfekapazität von Gemeinschaften und Ländern.

LEITFRAGE

Epol. Bildung und Kommunikation werden im kommenden 3JP dezidiert Erwähnung finden – was möchten Sie uns dazu mitgeben?

In diesem Punkt wollen wir insbesondere auf die initialen Anmerkungen der AG Globalen Verantwortung im Rahmen des Prozesses zur Neufassung des Strategischen Leitfadens zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung in Österreich vom 23.06.2023 hinweisen.

Darüber hinaus erscheint es uns wichtig anzumerken, dass

- ... es seit Jahren ein fixiertes Budget für entwicklungspolitische Inlandsarbeit gibt und der Bereich aufgrund der Geldentwertung inzwischen finanziell stark unterdotiert ist. Wir regen an, mit dem 3JP einen ambitionierten Anker für gute Rahmenbedingungen und für die Finanzierung von Strukturen und Projekten im Bereich zu setzen.
- ... dem Bereich und seiner Relevanz insgesamt mehr Sichtbarkeit gegeben wird und der Zivilgesellschaft als umsetzende Akteurin besonderen Raum zu geben.